

DIE STUNDE DER PROFITEURE

Wir werden abgezockt, während sich andere in ihren unverdienten Milliarden Gewinnen wälzen. Bei der Teuerung ist Österreich Spitze – und deutlich über dem EU-Schnitt. Wieso das so ist . . .



QUERGEDACHT
DI DR. KLAUS WOLTRON

Geht's und verkauft's mei' G'wand, I fahr in' Himmel!" So klingt es in J. Strauss Sohns Operette „Wiener Blut“. Der Text ist unzeitgemäß. Angesichts erkalteter Wohnzimmer ist es nicht angeraten, das Gewand zu veräußern, und es wäre auch klüger, zur Hölle zu fahren: Dort ist es entschieden wärmer. Der Spaß ist mir vergangen: Die Leute blechen immer mehr, gleichen gerupften, im Wortsinn „abgefederten“ Hühnern, während sich Energiekonzerne in Profiten in Milliardenhöhe wälzen. BP & Co. erfreuten sich satter 195 Milliarden Dollar. Auch andere Branchen cashen trotz Krise überreichlich ab.

ÜBERSCHIESSENDE UNTERSTÜTZUNGEN

Derzeit ist die Teuerung in Österreich Spitze: Sie betrug im Jänner 11,1%, 2,7% mehr als der EU-Durchschnitt. Fachleute machen dafür überschießende Stützungsmaßnahmen verantwortlich: Von den fast 50 Milliarden Euro, die seit Beginn der Coronakrise per Gießkanne ausgeschüttet wurden, seien viele Hilfen nicht wirklich notwendig und sinnvoll gewesen. Je mehr geliehenes Geld in den Wirtschaftskreislauf gepumpt wird, desto ungenierter erhöhen Anbieter ihre Preise. Die milden Gaben versickern sodann auch in Taschen, für die sie nicht vorgesehen waren. Dienstleister, die eher nicht unter der Teuerung seufzen, wie z. B. Telekom-Konzerne, kommen ebenfalls in den Genuss automatischer Tarifan-

passungen. Andere Lieferanten nutzen die Gunst der Stunde und reihen sich hinterrücks in die Gilde der Wucherer ein.

Müssen wir am Ende für die Preissteigerungen doppelt bezahlen? Konsumentenschützer wären gut beraten, einzelne besonders krasse Fälle im Supermarkt genauer zu untersuchen: Wie verteuerten sich Rohstoffe, Energieverbrauch und Löhne für das jeweilige Produkt, und ist das alles zusammen wirklich ein Grund für den erhöhten Preis? Oder handelt es sich um eine unverschämte Erpressung und Ausackelung des Konsumenten? Wie wird das alles weitergehen?

Das Finanzsystem fiebert infolge maßlosen Gelddrucks, der Pandemie, der Sanktionen und des Ukraine-Kriegs. Dazu kommt das Wachstum der Bevölkerung durch Zuwanderung. Der Bedarf an Wohnraum steigt, Miet- und Baukosten explodieren. Während die Wirtschaft vergebens nach Arbeitskräften ruft, vereiteln passable Unterstützungen und die mangelnde Ausbildung der Mehrzahl der Zugewanderten eine angemessene Stellenbesetzung. All das erhöht die

JE MEHR GELIEHENES
GELD IN DIE WIRTSCHAFT
GEPUMPT WIRD, DESTO
UNGENIERTER ERHÖHEN
ANBIETER IHRE PREISE.

Staatsschulden und später die Steuern.

Das „profil“ vom 7. Februar 2023 hält derartige Argumente für billige politische Agitation. „Rot und Schwarz täten gut daran . . . sich der neuen blauen Propagandawelle offen zu stellen: Die Sanktionen als Quell allen Teuerungsübels? Bereits viele Monate vor Kriegs- und Sanktionsbeginn lösten die wegen der Coronakrise gerissenen Lieferketten einen massiven Inflationsschub aus.“ Inwieweit fehlende Chips aus Taiwan und nicht verfügbare seltene Erden aus China die Preise für Eier, Milch, Butter und Haushaltsenergie um fast die Hälfte gesteigert hätten, erschließt sich nicht wirklich. „Mehr als ein Drittel der Inflationsrate geht auf Energie- und Treibstoffpreise zurück“ (Momentum-Institut). Preisfrage: Was, um alles in der Welt, trieb diese in die Höhe?

Unter Inkaufnahme des Risikos, wieder als Schwarzmalerei gebrandmarkt zu werden: Die kommenden Zeiten lassen nichts Gutes erwarten. Die Finanzierung des Krieges verursacht neue Schulden, die Zuwanderung wird weiter aus dem Ruder laufen: Jüngst zugesicherte Mittel zur verstärkten Grenzsicherung (3 Mrd. Euro) sind im Vergleich zu den Folgekosten der unkontrollierten Zuwanderung ein Hohn und dienen lediglich dazu, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen und den Herrn Bundeskanzler zur Aufgabe seiner Blockademaßnahmen zu verführen.



Dies alles wird Preissteigerungen und Entwertung der Sparguthaben beflügeln.

DIE SACHE MIT DEN UNEINBRINGLICHEN DARLEHEN

Wie der bis zu 2 Billionen teure Wiederaufbau der Ukraine finanziert werden soll, ist evident: Durch den Verzicht von Millionen Menschen in der EU auf einen Teil ihres Lebensstandards. Für Finanzhilfen wurden bereits 73 Milliarden Euro freigegeben. Neben den uneinbringlichen Darlehen an die südlichen Staaten Europas, dem Billionen schweren „Green Deal“ und den Kosten für die Flüchtlingsbetreuung werden die EU-Bürger weitere gigantische Belastungen zu schultern haben.

Die Geschichte lehrt, dass insbesondere nach langen militärischen Auseinandersetzungen die Teuerung giftige Blüten treibt. (Nach dem Ersten Weltkrieg herrschte in Deutschland eine Hyperinflation. Der Vietnamkrieg und die Ölkrise lösten vor 50 Jahren eine weltweite Geldentwertung aus.)

Die Kaufkraft des Euro wird sich nicht bessern. All jene, die von den Wohltaten eines Wiederaufbaus der Ukraine für die Wirtschaft schwärmen, verdrängen, dass dieser auch von jemandem bezahlt werden muss. Angesichts des abgebrannten Hauses eines Nachbarn sollte man sich nicht freuen, dass die Handwerker bald viel Arbeit haben werden: Wenn die Versicherung nicht für den

WOHLTÄTERIN AUF UNSERE KOSTEN.
Klimaministerin Leonore Gewessler verteilte großzügig Geld & Gutscheine an alle.

Schaden aufkommt, ist niemand da, der die Rechnungen übernimmt.

Im Falle der Ukraine werden wir alle, wenn es nach dem Willen Brüssels geht, wieder tief in unsere Taschen greifen müssen.

„Spare in der Zeit, so hast du in der Not!“ Auch dieses Sprichwort zählt nicht mehr. „Du hast 2022 um 4,2% weniger Reallohn erhalten. Heuer wird der Wert deines Sparkontos – so du es noch nicht auflösen musstest – um weitere 9% fallen.“ Ausgerechnet in der Not ist es weiter eingeschrumpelt. „Mitgefangen – mitgehangen!“ Damit sei die betrübliche Betrachtung mit einem ausnahmsweise topaktuellen, alles Bisherige erklärenden Spruch zu Ende gebracht. ■